

Kommentar zum vorgeschlagenen Konzept der SPD bezüglich des Schulstandorts Steinrade

Auf dem SPD Parteitag am 22.3.2014 wirbt Jan Lindenau für sein Konzept. Dieses sieht vor, Container in Steinrade aufzustellen, die Schule auslaufen zu lassen und keine 1.Klassen zuzulassen. In Schönböcken soll das Dachgeschoss ausgebaut werden. Der restliche Raumbedarf werde über Container gelöst. Anschließend brauche man vier bis sechs Jahre, um ein langfristiges Konzept zur Schulentwicklung auszuarbeiten.

Thomas Rother empfiehlt seiner Partei den Vorschlag von Jan Lindenau und bezeichnet jahrgangübergreifenden Unterricht als pädagogisch strittig und "Unterricht wie zu Kaisers Zeiten".

Wie die Betreuung der Kinder umgesetzt werden soll oder was mit dem Schulgebäude in Steinrade passiert, lässt Lindenau offen.

Endgültige Abkehr von „Kurze Beine – kurze Wege“, Groß Steinrade ist erst der Anfang

Es deutet viel darauf hin, dass die SPD die Schließung aller dörflichen Schulen anstrebt und sich vom Konzept "kurze Beine - kurze Wege" für Lübeck endgültig verabschiedet. Die Aussage Rothers, man müsse auch über Schülertransport nachdenken, zielt ebenfalls in diese Richtung. In Schleswig-Holstein dagegen ist die Rettung kleiner Dorfschulen das politische Thema der Gegenwart, was durch die sogenannte „Experimentierklausel“ des neuen Schulgesetzes ausgedrückt wird (gültig ab 1.8.2014).

Zitat: „Die Erweiterung der Experimentierklausel soll Gemeinden und Kommunen Spielraum geben, um innovative, qualitativ hochwertige Konzepte für den Erhalt einer kleinen Dorf-Grundschule zu entwickeln.“

Signal für alle dörflichen Schulen Lübecks und Lübecker Neubürger

Die schrittweise Abwicklung der Grundschule Steinrade in einem wachsenden Dorf und die Ablehnung eines „Konzepts Steinrade als Außenstelle“ ist ein Signal an alle dörflichen Schulen, dass sie in ihrem Bestand gefährdet sind.

Es ist ein Signal an Lübecker Neubürger in den Lübecker Dörfern, dass sie sich auf Zusagen der Stadt nicht verlassen können.

Lübeck hat eine einzigartige Position in Schleswig-Holstein. Mit seinen vielen Dörfern kann die Stadt Urbanität und Wohnen im Grünen verbinden.

Das könnte ein Trumpf im demographischen Wandel sein, der nicht leichtfertig verspielt werden darf.

Widerspruch zum geltenden Schulgesetz

Thomas Rother übersieht bei seiner Empfehlung und Kritik am jahrgangübergreifenden Unterricht, dass Herr Lindenaus Vorschlag zur Zusammenlegung in Schönböcken nur durch jahrgangübergreifenden Unterricht umzusetzen ist.

Auch Herr Puhle (Schulpolitischer Sprecher der SPD Lübeck) wies in der Podiumsdiskussion darauf hin, dass man zur Umsetzung des Modells "Lindenau" auch die Klassen 1 bis 4 jahrgangübergreifend unterrichten könne. Rothers Kritik am jahrgangübergreifenden Unterricht in Groß Steinrade ist unverständlich.

Das geltende Schulgesetz sieht „Unterricht wie zu Kaisers Zeiten“ ausdrücklich vor.

Zitat: „Die Jahrgangsstufen 1 und 2 werden als pädagogische Einheit geführt. Hier ist der Unterricht teilweise oder ausschließlich jahrgangübergreifend organisiert.“

Standortfrage greift in Lebensmodelle ein

Äußerungen von Politikern der Rathauskooperation lassen immer noch vermuten, dass die Problematik, vor der die Steinrader Familien stehen, nicht verstanden wurde.

Eine Verlagerung des Schulstandorts nach Schönböcken bedeutet für Steinrader Familien, dass die Kinder nicht mehr allein in die Schule gehen können, sondern begleitet oder gebracht werden müssen. Es stellt sich nicht die Frage nach der Entfernung, sondern wie sicher der neue Schulweg entlang einer viel befahrenen Kreisstraße ist. Die Folge wäre ökologisch nicht vertretbarer Pendelverkehr durch Eltern zur Schule.

Hinzu kommt, dass in keinem Konzept bisher in irgendeiner Weise die Betreuung der Kinder nach dem Unterricht im Rahmen der Betreuten Grundschule erwähnt wurde. Auch dieser Umstand würde viele Familien vor das Problem stellen, dass die Berufsausübung schwierig oder nicht mehr möglich wäre.

Fazit

Die Strategie der SPD Lübeck stellt sich gegen den Trend Rot-Grüner Landesregierungen, die kleinen Dorfschulen zu erhalten. Das von Herrn Lindenau ausgearbeitete Konzept greift zu kurz, ist nicht zu Ende gedacht und praktisch nicht umsetzbar. Es scheint in der SPD noch erheblichen Abstimmungs- und Informationsbedarf zu geben.